

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

**Band:** 46 (1952)

**Heft:** 2

**Artikel:** Europäische Provinz Deutschland. 1., Aussereuropäisches Geschehen ; 2., Europas Provinzen ; 3., Provinz Deutschland

**Autor:** Mensching, Wilhelm

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-139625>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 30.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Europäische Provinz Deutschland\*

## 1. Außereuropäisches Geschehen

Für Europa ist das Geschehen in den anderen Erdteilen heute wichtiger als früher. Es ist vorbei, daß europäische Mächte im Besitz überlegener Technik die Erde unter sich aufteilen konnten und allein die Großmächte waren.

Großbritannien, vor wenigen Jahrzehnten noch das mächtigste Weltreich, ist heute mehr oder weniger abhängig von den USA. Was in Washington geschieht, hat heute für Europa sehr entscheidende Folgen.

Unter den Europäern, die nach Nordamerika auswanderten, waren von Anfang an viele, die mehr Freiheit suchten, als Europa ihnen bot. Franz Pastorius und seine Freunde, die 1683 Germantown bei Philadelphia gründeten und die Duldung der Sklaverei bekämpften, sind ein Beispiel für viele, die in der Neuen Welt Gewissensfreiheit und bürgerliche Freiheit suchten und schufen. Besondere Wichtigkeit gewann die Verfassung, die der Quäkerstaatsmann William Penn seiner Kolonie Pennsylvanien gab. Sein Freund George Fox, der Gründer der Quäker, hatte 1656 die Sklavenhalter der englischen Kolonien in Amerika gemahnt: «Freiheit ist ein allgemeines Menschenrecht!» Die Verfassung von Pennsylvanien enthielt Grundsätze, die in keinem anderen Staatswesen jener Zeit verwirklicht oder auch nur angestrebt wurden: Demokratie ohne Standes- und Rassenunterschiede sowie ohne Staatskirche usw. Sie wurden zusammen mit dem Gedanken der Menschenrechte später in die Verfassung der USA, der französischen Republik und immer weiterer Staaten übernommen. 1832 erklärte die Monroedoktrin der USA den europäischen Regierungen, sie sollten sich nicht mehr in die Angelegenheiten unabhängiger amerikanischer Staaten einmischen. Viele Demokraten und andere politisch Verfolgte wanderten in den folgenden Jahrzehnten wieder von Europa nach Amerika aus. Unter den «Achtundvierzigern» ragte vor allem Carl Schurz hervor, der Lincolns Kampfgenosse wurde. Als in den Völkern Asiens der politische Selbständigkeitswille sich regte, wurden die USA auch vielen führenden Farbigen der Hirt und das Vorbild der Demokratie und Freiheit. Der jetzige indische Ministerpräsident Nehru sagte, als sein Vaterland noch gegen die britische Kolonialherrschaft um seine Freiheit kämpfte: «Indien ist fern von Amerika, aber mehr und mehr gehen unsere Gedanken zu diesem großen demokratischen Volke, das nahezu allein die Fackel demokratischer Freiheit in einer Welt brennend erhält, die dem Imperialismus und Faschismus, der Gewalttat, der Räu-

\* Mit freundlicher Erlaubnis des Verfassers und des Mitteilungsblattes des deutschen Versöhnungsbundes «Die Versöhnung» bringen wir diesen wichtigen Beitrag über das deutsche Problem.

berei und der Nützlichkeitspolitik schlimmster Art verfallen ist.» Dieses Ansehen genießen die USA heute noch weithin. Sie haben es aber in zunehmendem Maße verloren, besonders in Ostasien durch Ausnahmengesetze gegen Asiaten, Einmischungen und andere Maßnahmen. Heute ist der Staat, der nach dem Siege in zwei Weltkriegen in ungekannter Machtfülle dasteht, in den Augen der einen die Schutzmacht der Demokratie und Freiheit gegenüber dem Bolschewismus, in den Augen der andern dagegen die Vormacht des profitsüchtigen Imperialismus und des Rassendünkels.

Neben den USA ist Ost- und Südasien besonders wichtig. Dort wohnt auf einem Zehntel der Erdoberfläche die Hälfte der Menschheit.

China allein entspricht an Größe und Bevölkerungszahl etwa Gesamteuropa. Es hat reichlich dreimal so viel Einwohner wie die USA, gut doppelt so viel wie die gesamte Sowjetunion. Napoleon I. soll davor gewarnt haben, den «schlafenden Riesen» China zu wedken. Er wurde inzwischen recht unsanft geweckt. Nehru sagte im Januar 1951: «Nach Jahrhunderten der Schwäche ist China zur Hauptmacht Asiens und der Welt geworden. Es wäre falsch, China als einen sowjetischen Satellitenstaat zu bezeichnen.» Das Geschehen in Peking ist keinesfalls unwichtiger als das in Washington oder Moskau. China ist der größte Markt der Erde. Großbritannien versucht ernstlich, ihn für sich offen zu halten. Die USA gaben ungeheure Summen aus, um sich diesen Markt durch Tschiang Kai-shek zu sichern.

China ernährte seine gewaltige Bevölkerungsmenge seit alters her überwiegend durch Kleinbauern, die zugleich ein Handwerk, oft ein Kunsthanderwerk (Weberei, Porzellanarbeit usw.) trieben, und gab seinem Volke eine Kultur, die vielen Stürmen standhielt. Der Kolonialismus der Weißen zerstörte diese Wirtschaftsform und Kultur. Er erzwang durch Schmuggel, Kriege, ungleiche Verträge, Vertragsfälschung, Mißbrauch der christlichen Mission, Zollbeschlagnahme, Exterritorialität, käufliche Regierungen und andere ungerechte Mittel die Einfuhr von Opium und besonders von billigen Fabrikwaren. Er schuf so ein ungeheures Kuliproletariat entwurzelter Bauern. Die Folgen dieser Massenproletarisierung waren unnachgiebiger Haß gegen die «fremden Teufel» und ihre Helfershelfer und endlose blutige Erhebungen. Mehr als 100 Jahre, vom Opiumkrieg 1840–1842 ab, kämpfte das chinesische Volk gegen diesen Kolonialismus der Weißen. Verarmte Bauern errichteten 1850 ihr Reich Taiping, d. h. «Großer Friede» gegen die den Weißen hörige kaiserliche Regierung, und breiteten es in unaufhaltsamem Siegeszuge aus. Sie suchten ehrlich gleichberechtigte Freundschaft mit den Weißen durch christliche Missionare, die Verständnis hatten. Französische und britische Truppen jedoch, deren Feuer zuerst nicht einmal von den Taiping erwidert wurde, unterstützten die kaiserlichen Heere. Etwa 20 Millionen Menschen sollen in den Kämpfen, die kein Ende finden wollten, umgekommen sein. Immer neue Unruhen

folgten, wie z. B. die Boxerwirren. 1912 wurde das Kaisertum durch Sun Yatsen beseitigt. Er war ein überzeugter Verehrer der westlichen Demokratie, vor allem der Republiken USA und Frankreich, wurde jedoch bitter enttäuscht, als die Regierungen der Weißen zusammen mit Japan seine käuflichen Gegner durch Anleihen usw. unterstützten, um so ihre ungerechten Vorrechte und Vorteile zu wahren. Auf diese verzichtete freiwillig nur das inzwischen kommunistisch gewordene Rußland. Es bot auch die Hilfe an, die die Demokratien vorenthielten, und gewann so schließlich 1923 Sun Yatsen und andere Führer Chinas. Durch Bürgerkriege, Einmischung Japans und große Waffen- und Geldlieferungen der USA an Männer wie Tschiang Kai-shek wurde China Jahrzehntelang weiter verheert. Immer mehr Millionen verarmten völlig neben einer Minderheit, deren Besitz an Geld, Macht und Land sich mehrte. Diese Massenproletarisierung des chinesischen Volkes hat nun zur Diktatur des Proletariats, zum Sieg des Kommunismus in Gesamtchina, Verteilung des Bodens an Kleinbauern und entschlossener Absperrung des Kolonialismus, Kapitalismus und Imperialismus geführt.

Es mag dahingestellt bleiben, ob China «kommunistisch» ist und wie weit chinesischer und russischer Kommunismus einander gleichen und sich vertragen werden. Der gemeinsame Feind zwingt heute China und die Sowjetunion, sich zu einem gewaltigen Block zusammenzuschließen. Dieser umfaßt zwei der vier Großmächte von heute und morgen, das größte Volk Asiens und das größte Volk Europas, neben vielen Vasallenstaaten. Er hat außerdem überzeugte und entschlossene Verbündete nicht nur in Nachbarländern, wie Korea, Vietnam und Persien, sondern auch unter dem Proletariat in allen Erdteilen, besonders unter den Farbigen. Der Kolonialismus der Weißen hat ja überall unter den Farbigen, in Indonesien, Afrika, Lateinamerika und sonst, eine Massenproletarisierung zur Folge gehabt, die den Boden für eine Diktatur des Proletariats vorbereitet. Die USA sind in den Augen der Farbigen stark belastet durch die Rassenschanke und Lynchjustiz in den USA selbst, durch die Verwendung der Atombombe gegen ein farbiges Volk, durch die Drohung mit der Atombombe in Korea, durch die Kriegsführung in Korea und Einmischung in asiatische Angelegenheiten beim Betonen der Monroedoktrin für Amerika, durch das Zurückhalten der Weizenlieferungen an das hungernde Indien u. a. m. Frankreich gilt in den Augen führender Farbiger für besonders unverständig und stor, weil es in Indochina und selbst in seinem kleinen indischen Kolonialbesitz nicht dem klugen Beispiel folgt, das Großbritannien gegenüber Indien, Pakistan, Ceylon und Burma und Holland gegenüber Indonesien gab. Großbritannien gewann durch die weise Politik seiner Labourregierung gegenüber den damaligen südasiatischen Kolonien beträchtlich an Achtung bei vielen Farbigen; es befindet sich aber gegenüber der Sowjetunion und China stark im Hintertreffen

durch das, was im Commonwealth noch geschieht, z. B. in Südafrika mit den Herero und anderen Farbigen.

Das zweitgrößte Volk Asiens und der Erde wohnt in Indien. Es ist ebenfalls vorwiegend ein Volk von Kleinbauern und Handwerkern mit alter Kultur. Mumien von Pharaonen sind bereits in indischen Musseln gehüllt. Die Kolonialherrschaft der Weißen zerstörte die indische Heimweberei, machte das große Land zu einem gewinnbringenden Markt für europäische Fabrikgewebe und schuf auch hier ein ungeheures Kuli-proletariat. Die «große Meuterei» 1857/58 wurde niedergeschlagen. Die Unruhen und Attentate aber hörten in dem völlig entwaffneten und entrechteten Kolonialvolke nicht auf. Sie steigerten sich besonders, als Großbritannien die Erfüllung der Versprechen hinausschob, die es Indien im ersten Weltkriege für Waffenhilfe gegeben hatte, und sich Gewalttaten wie das Blutbad von Amritsar zuschulden kommen ließ. Tilak, der damalige Führer der indischen Freiheitsbewegung, knüpfte – lange vor Sun Yatsen – Beziehungen zu Moskau an, starb aber.

Sein Nachfolger Gandhi führte bahnbrechende neue Gedanken in die Staatskunst ein – etwa wie seinerzeit Penn. Die amerikanischen Kolonien hatten ihre Freiheit einst durch blutigen Aufstand erkämpft. Auf demselben Wege hatte das französische Volk seine bürgerlichen Freiheiten errungen. Marx hatte gelehrt, das Proletariat müsse, um frei zu werden, eine vorübergehende Diktatur des Proletariats als nötige Vorstufe einer klassenlosen Gesellschaft erkämpfen. Das russische Proletariat hatte unter Lenins Führung diesen Weg beschritten. Sun Yatsen focht in blutiger Erhebung Jahr um Jahr um die Freiheit Chinas. Für die Befreiung eines Volkes oder einer unterdrückten Schicht galt ganz allgemein als der selbstverständliche und einzige Weg die gewalttätige, blutige Revolution. Gandhi jedoch empfahl sie weder seinem geknechteten Volke noch den rund 80 Millionen sozial entrechteter, unterdrückter «Kastenlosen». Er stellte auch nicht die Diktatur des Proletariats als Übergangsziel des großen indischen Proletariats auf; er förderte vielmehr auf jede Weise die Entproletarisierung: er schuf eine Volksbewegung für die Wiederbelebung der Heimweberei, gegen Alkoholismus und andere Volksschäden, für die Gleichberechtigung der Frau, für ein neues, lebensnahe Erziehungswesen usw. Er weckte vor allem unermüdlich die höchsten Kräfte, die Ehrfurcht vor dem Göttlichen in jedem Menschen, im «Kastenlosen», in der Frau, im Gesunkenen, im Feinde, im Unterdrückten und Unterdrücker. Er lehrte das völlig waffenlose Volk, in solcher Kraft das stärkste Weltreich jener Zeit nicht zu hassen und nicht zu fürchten, aber unnachgiebig zu bekämpfen und zu überwinden und dann mit ihm in einem Staatenverbande zusammenzuarbeiten. Im Zweiten Weltkriege versuchten die Demokratien, Indien «gegen die Diktaturen» zu militarisieren, während Japan, siegreich an Indiens Grenze stehend, es «gegen die Imperialisten» zu den Waffen rief. Beide Seiten fanden einige indische Parteigänger.

Jedoch Gandhi, Nehru und andere warnten ihr Volk, es solle sich nicht durch Schlagworte fangen lassen, in Angst und Haß jagen, hörig machen und militärisch mißbrauchen lassen. Sie nahmen dafür Verfolgung und lange Haft auf sich. Aber Indien ließ sich nicht militarisieren und zum Vasallen der Demokratien oder Diktaturen machen. Unter Gandhis Führung wurde so in einer langen nichtgewalttätigen Revolution oder Umwälzung die politische Freiheit Indiens und die verfassungsmäßige Gleichberechtigung aller Inder, auch der «Kastenlosen», errungen. Indien wurde frei, ohne daß es wie China durch endlose Kämpfe und Bürgerkriege mit Einmischungen Fremder, Waffenlieferungen und Verrätei verwüstet wurde, und ohne daß es sich gegen den Handel oder geistigen Austausch mit irgendeinem Volke abschloß.

Ohne Kriegsschiffe und Luftwaffe, mit einem kleinen übernommenen Heer, für das die Ausgaben eingeschränkt wurden, ist dies zweitgrößte Volk Asiens und der Erde doch eine der vier Großmächte von heute und morgen. Es ist nicht geraten, Indien zu vergrämen. Es ist ein äußerst wichtiger Markt. Es ist der menschenreichste Staat im Commonwealth. Seine Stimme findet in der UNO und sonst, zumal bei den ehemaligen und jetzigen Kolonialvölkern, stärkste Beachtung. In dem großen Gegensatz unserer Tage zwischen «Ost» und «West» stehen heute zwei große Mächte, China und die Sowjetunion, auf kommunistischer Seite, eine, die USA, auf kapitalistischer. Indien ist weder kapitalistisch noch kommunistisch, aber auch nicht neutral im Sinne von gleichgültig, vielmehr unablässig tätig an der Lösung der großen gemeinsamen Aufgaben der heutigen Weltpolitik, nämlich der Rassenfrage, der sozialen Frage und der Friedensfrage. Indien tritt immer wieder für die farbigen Kolonialvölker ein. Es warnt davor, die Freiheitsbestrebungen dieser Völker als «kommunistisch» abzutun oder zu verdächtigen. Indien lehnt aus seinen Erfahrungen den kapitalistischen Imperialismus noch schärfer ab als den Kommunismus. Es bemüht sich aber vor allem unermüdlich, den Völkern der Erde den drohenden Krieg zwischen den USA einerseits und China und Sowjetunion anderseits und ihren Bundesgenossen und Vasallen zu ersparen. Indien stimmte in der UNO gegen den Antrag der USA, der China als Angreifer brandmarkte. Es besteht darauf, daß China nach Lake Success eingeladen wird. Es weigert sich, an Verteidigungsmaßnahmen oder auch nur an militärischen Besprechungen teilzunehmen. Als Indiens Bitte um Weizen für seine hungernde Bevölkerung von den USA mit Zaudern und Vorbehalten beantwortet wurde, erklärte es, es werde jede Hilfe abweisen, die mit politischen Bedingungen verknüpft sei; es erhielt, bevor der amerikanische Senat sich doch zur Hilfe entschloß, Reis von China und Weizen von der Sowjetunion. Großbritanniens Bitte, als ein Vermittler im iranischen Oelkonflikt einzutreten, lehnte Indien ab. Dem Friedensvertrag mit Japan, der den USA militärische Stützpunkte in Asien einräumt, verweigerte Indien die Anerkennung.

Ohne für «West» oder «Ost», für Kapitalismus oder Kommunismus, einseitig Stellung zu nehmen, bemühten und bemühen sich indische Staatsmänner unermüdlich um Rassengleichheit und Entproletarisierung, soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden für alle. Diese Fortsetzung der Staatskunst Gandhis weckt weiten Widerhall, zumal unter den bisher oder noch unter Kolonialherrschaft stehenden Völkern. Die Staatskunst der anderen Großmächte findet weniger Bundesgenossenschaft und Vertrauen. Von den nahezu 2 Milliarden Menschen auf der Erde wohnen etwa 590 Millionen in den 44 Staaten, deren Vertreter für die Brandmarkung Chinas stimmten, ebenso viel in den 7 Staaten, die sich dagegen erklärten, und der Rest in Ländern, die sich der Stimme enthielten oder in der UNO nicht vertreten sind, die europäischen Stimmen wurden dabei größtenteils unter starker amerikanischem Druck mit großer Zurückhaltung gegeben; Asien verhielt sich ablehnend gegen die Wünsche der USA.

Das Geschehen in Neu-Delhi ist für den Frieden der Welt und auch für Europa nicht weniger wichtig als das in Washington, Moskau und Peking.

## 2. Europas Provinzen

Welche Aufgaben stellt diese Weltlage uns heutigen Europäern?

Europa muß lernen, eine andere Rolle als in der Zeit seines Kolonialismus zu übernehmen. Ein paar Jahrhunderte lang konnte Europa durch seine überlegene Technik die andern Teile der Erde beherrschen. Heute ist die Technik keineswegs mehr Europas Alleinbesitz, weder die des Aufbaus, noch die der Zerstörung des Krieges.

Die große Mehrheit der Menschheit ist farbig. Sie glaubt nicht mehr an eine technische, militärische, geistige, auch keineswegs mehr an eine sittliche Überlegenheit der Weißen und an die eigene rassische Minderwertigkeit. Sie verlangt Rassengleichheit. Es war immer ungerecht und unklug, Menschen um ihrer Abstammung oder Hautfarbe willen als niedrige «Nigger» oder «Schepsels» zu behandeln. Heute ist es mehr als je eine Versündigung nicht nur am Menschentum und seinem Ursprung, sondern auch an aller offensichtlichen Wirklichkeit und Vernunft. Die Lösung der Rassenfrage ist heute geschichtlich fällig. Wir Europäer von heute dürfen uns darin nicht beirren lassen, auch wenn in den USA, Südafrika oder sonstwo Unrecht der Kolonialzeit verteidigt wird.

Die große Mehrheit der Farbigen ist durch den Kolonialismus proletarisiert. Sie verlangt heute stärker nach Entproletarisierung oder Diktatur des Proletariats. Die Lösung der sozialen Frage ist heute geschichtlich fällig. Sie wird auch in Europa immer brennender. Europa verarmt. Gewinnbringende Kolonial-, Rohstoff- und Absatzgebiete gingen und gehen ihm mehr und mehr verloren. Spanien, einst der reichste Staat der Erde, ist sehr arm geworden. Großbritannien, vor kurzem noch der reichste Staat der Erde, der Gläubigerstaat, ist heute ein Schuldnerstaat,

muß sich um Anleihen in Abhängigkeit begeben, schränkt verantwortungsbewußt Verzehr und Einfuhr ein und sucht sich mit allen Mitteln Ausfuhr und Märkte zu sichern. In der Übergangszeit vom Reichtum des Kolonialismus zu undurchsichtigen neuen Verhältnissen stehen bisher wohlhabende Länder Europas vor großen Schwierigkeiten der Ausfuhr, der Arbeitslosigkeit, der Währung und der sozialen Unruhe. Auch in Europa ist ein immer größeres Proletariat herangewachsen, das Entproletarisierung oder Diktatur des Proletariats fordert.

Dazu haben wesentlich Europas Kriege beigetragen. Großbritannien ist durch zwei siegreiche Kriege verarmt und in Schuldnechtschaft geraten. Die Zeit ist vorbei, wo europäische Staaten ihre unproduktiven Kriegsausgaben durch Kolonialgewinne wettmachen konnten. Das russische Proletariat vereelendete bei allem Reichtum des Mutterlandes und der Kolonien durch den Krieg gegen Japan und den Ersten Weltkrieg so sehr, daß es in erbittertem Umsturz die Diktatur des Proletariats aufrichtete. Durch den Zweiten Weltkrieg brach über nahezu Gesamt-europa von den Pyrenäen bis zur Wolga eine gesteigerte Verarmung und Proletarisierung als Folge der Selbstzerfleischung herein. Europa ist kriegsmüde, es kennt den Krieg im eigenen Lande. Als die Gefahr, daß der Krieg in Korea ausgeweitet würde, besonders ernst drohte und den britischen Ministerpräsidenten nach Washington trieb, konnte er seine Warnung dort wirklich im Namen aller Völker Europas vorbringen.

Die Lösung der Friedensfrage ist heute geschichtlich fällig. Grenzländer wie Finnland, Schweden, Indien und andere vermeiden es sorgfältig, sich militärisch oder sonst an den «Westen» oder «Osten» zu binden. Die Staaten des Atlantikpaktes können selbst mit amerikanischer Hilfe die Lasten der Rüstung nicht tragen, ohne die Lebenshaltung zu senken, und suchen sie auf andere abzuwälzen. (Der holländische Verteidigungsminister Cornelis Staf erklärte Pressevertretern:

«Die Organisation des Atlantikpaktes liegt jetzt im Sterben.») Mehrere britische Minister traten deshalb zurück. Wo finden die USA einen zuverlässigen Vasallenstaat für einen längeren Krieg in Europa? Und steht es ähnlich nicht auch mit den Vasallen des Ostens? Was an politischen Beweggründen auch hinter der von Moskau geförderten «Friedensbewegung» stehen mag – es ist ohne Zweifel, daß die ostdeutsche, tschechische, polnische, ungarische, rumänische und auch die russische Bevölkerung in ganz überwiegender Mehrheit nicht wieder Kriegsgebiet sein will. West- und Osteuropa sind eine Schicksalsgemeinschaft. Wenn sie sich wie Nord- und Südkorea in einen Krieg gegeneinander treiben ließen, würden sie diese Schicksalsgemeinschaft sehr eindringlich wieder erfahren.

Die jetzige Weltlage stellt uns Europäern von heute wie den Indern und anderen die Aufgabe, ernstlich an der Lösung der miteinander eng verknüpften Rassen-, Friedens- und sozialen Fragen zu arbeiten.

Diese Aufgabe ist in Europa besonders schwierig und zugleich besonders dringend. Unvereinbare Wirtschaftsformen, Staatsformen und Weltanschauungen zerreißen unseren kleinen Erdteil in eine östliche und eine westliche Hälfte. Amerika und Afrika sind nicht so zerrissen und können die europäische Lage wenig verstehen. Asien befindet sich zum überwiegenden Teil heute in kommunistischer Hand; nur in Randgebieten hält sich der Gegner des Kommunismus, der Rest Asiens steht weder auf der einen noch auf der anderen Seite.

Gesamteuropa entspricht an Größe und Bevölkerung etwa China, seine Staaten chinesischen Provinzen. Europa hat aber bis jetzt nicht die gleiche staatsbildende Kraft und Einheit schaffende Kultur wie China bewiesen. Europas Provinzen handelten immer wieder nicht europäisch, sondern provinziell gegeneinander. Sie bekämpfen einander um Weltanschauungen, Märkte, Kolonien usw. Sie fühlten sich in den letzten Jahrhunderten als die Großmächte und Weltmächte. Sie pflegten einen engen Nationalismus, der die Europäer hinderte, sich als Europäer dieser oder jener Provinzialität zu fühlen.

Die nordische Provinz Europas, Skandinavien, ist vielleicht auf dem Wege, den Europa jetzt zu gehen hat, am weitesten. Sie bringt für die Lösung unserer heutigen europäischen Aufgaben die größte Befähigung mit. Skandinavien ist nicht wie Großbritannien, Frankreich, Belgien usw. in koloniale Händel verwickelt. Dadurch stehen den Skandinaviern weithin Türen offen. Skandinavien steht auch in seinen Bemühungen um die Lösung der sozialen Fragen an der Spitze der Provinzen Europas. Es ist vorbildlich, wie Finnland nach dem letzten verlorenen Kriege für seine Flüchtlinge sorgte und sie vor der Proletarisierung bewahrte, Skandinavien konnte seine sozialen Aufgaben besser erfüllen, weil es die Früchte der Arbeit weniger als andere europäische Länder für unproduktive Ausgaben (für Rüstungen) vergeudete, vielmehr lernte, Frieden zu halten und zu pflegen und Streitfragen auf menschenwürdige Weise zu lösen. Finnland gibt heute ein Beispiel auch für aufrechtes Europäertum zwischen Ost und West. Schweden zeigt ein ähnliches Verhalten. Norwegen und Dänemark haben gegen die Nazidiktatur Freiheit, Würde und Menschlichkeit auf besonders ritterliche Weise zu verteidigen sich bemüht. Fridtjof Nansen kämpfte so zur Zeit darum, daß sein Vaterland kein Anhängsel oder Vasall wäre. Bei aller warmen Liebe für sein Heimatland war er aber der vorbildliche Europäer weiten Blickes und weiten Herzens. Er war ein aufrichtiger Freund des Westens, keineswegs ein Kommunist, aber klarblickend offen für Schatten- und Lichtseiten hüben und drüben und unbeirrbar in vornehmer Menschlichkeit. Er war auch ein aufrichtiger Freund des Volkes im Osten und auch seiner sowjetischen Staatsmänner. Sein Buch «Rußland und der Friede» und sein Verhalten zeigen das. Als nach dem Ersten Weltkrieg Rußland unter schwerer Hungersnot litt, mühte sich niemand mehr um Hilfe für die hungernden Menschen als Nansen. Es ist heute noch richtung-

weisend für Europas Gegensätze, seine Aufgabe und Zukunft, was Nansen damals über «die Realpolitik der Nächstenliebe» sagte und wie er sie selbst wagemutig und bahnbrechend verwirklichte, als die Regierungen des Westens für sein dringendes Bitten und Mahnen taub blieben und, obwohl Lebens- und Transportmittel zur Hand waren, 6 Millionen Russen, meist Kinder, Kranke, Alte und Frauen, verhungern ließen, weil sie eine kommunistische Regierung hatten. Es gilt, dies Europäertum von Nansens Art heute überall, namentlich in unserer Jugend, zu bilden und zu pflegen, damit Europa nicht sich selbst zerfleischend seine Rolle verliert, sondern sie vielmehr in Zukunft besser als bisher zwischen West und Ost weiterführend aufbauend spielen kann.

Es tut allen Provinzen unseres kleinen, verarmenden und zerrissenen Erdteiles dringend not. Skandinavien hat uns in Elsa Brandström, Mathilda Wrede, Graf Bernadotte und andern weitere Europäer mutiger, vornehmer Menschlichkeit geschenkt.

### 3. Provinz Deutschland

Das deutsche Volk hat wegen seiner Bevölkerungszahl, seiner Lage und Geschichte eine wichtige Rolle für Europas Zukunft zu übernehmen. Es ist etwa doppelt so zahlreich wie das französische oder das englische Volk, das zweitgrößte Volk Europas, nur von dem russischen übertroffen. Es bildet die Mitte Europas, grenzt an den Osten wie an den Westen und wird von beiden als etwaiger Bundesgenosse des Gegners gefürchtet, als eigener gewünscht. Deutschland ist Grenzland wie Finnland, Schweden usw., aber wichtiger als die anderen europäischen Länder der Grenze zwischen «West» und «Ost». Zurzeit ist es zerrissenes Grenzland. Wird es das bleiben können? Polen bleibt trotz wiederholter Teilungen nicht geteilt. Auf welche Seite kann sich ein geeintes Deutschland stellen? Oder kann es als europäische Provinz der Mitte eine andere Aufgabe für Europa und mit Europa haben und erfüllen?

Als das russische Proletariat seine Diktatur aufrichtete und allen Interventionen des Westens trotzdem aufrecht erhielt, bestand in Deutschland ein Proletariat beschränkten Ausmaßes. Es war vor allem Industrieproletariat der Großstädte. Es mußte besonders hart hungern und erzwang das Ende des Krieges. Die siegreichen Staaten des Westens handelten damals auch dem deutschen Volke gegenüber nicht europäisch, sondern engsichtig provinziell, wie es Europas Provinzen bisher gewöhnt sind. Sie ließen das deutsche Volk hungern und dann fronen. Trotzdem lehnte damals das deutsche Volk, auch sein Proletariat, zum großen Teile die Diktatur des Proletariats ab. Wie wäre die Geschichte verlaufen, wenn damals mit dem größten Volke Europas auch das zweitgrößte den Schritt zur Diktatur des Proletariats getan hätte? Was wäre aus dem Kapitalismus, aus dem Klerikalismus, aus dem Kolonialismus geworden,

zumal auch das größte Volk Asiens damals unter Sun Yatsen sich Moskau näherte? Die Haltung des deutschen Volkes ist damals von entscheidender Bedeutung gewesen.

Politische Kurzsichtigkeit des Westens als Folge wirtschaftlichen Eigennützes verhinderte dann Deutschlands wirtschaftliche Gesundung und bereitete den Boden für die Diktatur Hitlers. Nationalistische Diktatur mit Massenabschlachtung des armenischen Volkes, Konzentrationslagern und Terrormaßnahmen gegen die Griechen usw. wurde im Ersten Weltkrieg und danach in der Türkei unter Kemal Pascha eingeführt. Sie breitete sich nach vielen Ländern Ost- und Südeuropas aus, wurde aber vom deutschen Volke verabscheut, bis Massenarbeitslosigkeit die soziale politische Unruhe schuf, die Hitler zur Macht brachte.

Die Entscheidung des deutschen Volkes für diesen Weg hatte die furchtbarsten Folgen für dieses Volk selbst wie auch für die anderen Völker Europas.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges brachte eine Massenproletarisierung über das deutsche Volk, die ohne Vergleich in seiner Geschichte ist. Im Osten wurden weit über 10 Millionen meist bäuerlicher und sonst bürgerlicher Bevölkerung mit einem Schlag entwurzeltes, besitzlose Proletariat. Ein Heer von Ausgebombten, entreichten ehemaligen Nationalsozialisten und Berufssoldaten und von Jugendlichen, die keine Lehrstelle finden, vermehrt ihre Zahl. Viele Arbeitsstätten sind im und nach dem Kriege zerstört worden. Deutscher Wettbewerb auf den Außenmärkten, um die andere sich streiten, ist höchst unerwünscht und erschwert. Auswandern können nur verschwindend wenige gesunde Arbeitskräfte. Alle Arbeitsunfähigen bleiben hier und sind auf geringe Fürsorge angewiesen. Auf jeden, der verdient, kommt eine unverhältnismäßig große Zahl Unterstützungsbedürftiger.

Welche Rolle wird dieses plötzlich neuentstandene deutsche Massenproletariat für die Zukunft Deutschlands und darüber hinaus spielen? Eine starke politische Gärung unter den Heimatvertriebenen, Entreichten und anderen ist unverkennbar. Zwar hat der Kommunismus wegen der Erfahrungen, die viele mit östlicher Diktatur gemacht haben, bisher kaum irgendwelche Werbekraft in Deutschland, obwohl der einzige größere Versuch der Entproletarisierung der Bodenreform in Ostdeutschland war. Aber die andern politischen Parteien, denen Gruppen wie die Neureichen oder «satten Bonzen» angehören, verlieren sichtlich mehr und mehr das Vertrauen. Je mehr Proletariat, Verarmung und politische Unruhe, desto mehr vorbereiteter Boden für eine Diktatur des Proletariats oder eines Abenteurer. Je weniger Proletariat, desto weniger Aussicht auf eine Diktatur des Proletariats oder eines «Abenteurer». Das heutige deutsche Proletariat unterscheidet sich von dem früheren darin, daß ihm einzelne und Gruppen mit politischer, militärischer und anderer Erfahrung angehören. Die chinesische Massenproletarisierung durch Kolonialismus, Bürgerkrieg, Interventionen usw.

führte zu Zuständen, denen gegenüber der Kommunismus Ordnung bedeutete.

Politischer Radikalismus wächst wieder in Deutschland. Fremde Mächte säen dazu in das aufgewühlte Land bitterste Gegensätze. Unser Volk ist nicht einig. Unvereinbare Wirtschaftsformen, Staatsformen und Weltanschauungen zerreißen unser Land. Wir haben zwei deutsche Regierungen, die wirtschaftlich und weltanschaulich stark an fremde, einander feindlich gesinnte Großmächte gebunden sind. Es ist natürlich, daß viele Deutsche und ebenso sehr auch Nichtdeutsche brennend wünschen, Deutschland sollte ein Einheitsstaat östlicher oder westlicher Prägung werden. In Korea gelang es bisher weder dem Norden noch dem Süden, das Vaterland, das viele Jahrhunderte hindurch ein Einheitsstaat gewesen ist und nun plötzlich ungefragt von Fremden weltanschaulich und wirtschaftlich zerrissen wurde, durch überlegenen militärischen Zugriff zu einigen, obwohl es zeitweilig zu gelingen schien. Fremde Heere stehen in Korea, werfen einander ärgste Brutalitäten vor und finden kein Ende ihres Krieges im fremden Lande. Der Krieg schlepppt sich hin und droht sich auszuweiten. Wer hat ihn noch in der Hand? Dürfen wir einen ähnlichen Versuch im Herzen Europas wiederholen?

Unsere deutsche Geschichte weist uns auf einen anderen Weg. Ein Eiserner Vorhang zerriß einst unser Volk in Katholiken und Protestanten. Sie führten gegeneinander endlose kalte Kriege mit Massenausreibungen und anderen diktatorischen Maßnahmen und dreißig Jahre einen blutigen Krieg, indem sie Fremde ins Land holten, um es verheerend zu «befreien». Sie bewiesen damit, daß dieser Katholizismus und Protestantismus, die sich so am Volke versündigten, beide nicht die rechte Frömmigkeit waren, die, der Art Jesu und der Wirklichkeit entsprechend, in allen Menschen, auch in Feinden, die göttliche Herkunft und göttliche Mitgift achtet. Allen kalten und blutigen Kriegen, Bündnissen und Interventionen aber gelang es nicht, Deutschland zu einem konfessionellen Einheitsstaat wie Spanien, Schweden und viele andere Länder zu machen. Unser Volk mußte einen andern Weg suchen, der nach und nach Staaten und Kirchen zu mehr Duldung, Freiheit und Erkenntnis ihrer Aufgabe führte.

Katholische und protestantische Regierungen mußten lernen, neben-einander zu bestehen, einander anzuerkennen, an gemein-deutschen Aufgaben zusammenzuarbeiten und mit dem Gang der Geschichte sich zu ändern. Katholizismus und Protestantismus sind noch unvereinbar. Aber je mehr sie in Jesu Art in wechselseitiger Achtung dem Frieden und dem Volke dienen, desto mehr erweisen sie ihren Wert und ihre Bereitschaft, in die rechte Frömmigkeit hineinzuwachsen. Ihr dreißigjähriger unentschiedener Weltanschauungskrieg war Versündigung an deutscher und religiöser Pflicht. Heute steht Deutschland vor einer ähnlichen Aufgabe wie nach dem Dreißigjährigen Kriege. Die Welt braucht heute

dringend, daß westliche und östliche Regierungen lernen, neben-einander zu bestehen, einander anzuerkennen, an gemeinsamen Aufgaben zusammenzuarbeiten und mit dem Gang der Geschichte sich zu ändern. Deutschland aber braucht diese Staatskunst heute dringender als irgendein anderes Land Europas, denn es ist nicht einfach Land des Westens oder des Ostens, sondern zerrissenes Grenzland mit zwei Regierungen geworden. Mag man auch eine der beiden unvereinbaren Wirtschaftsformen, Weltanschauungen oder Staatsformen für allein möglich und gültig halten, wie nur je Menschen eine Kirche für allein selig machend hielten, so wäre doch jeder Versuch, einen deutschen Einheitsstaat durch Bündnisse, kalten und blutigen Krieg, Interventionen usw. zu verwirklichen, ein Verbrechen, ganz gleich, welche Weltbeglückungstheorie, welche zeitweilige militärische Ueberlegenheit usw. dahinter stehen würde. Solange keine bessere Lösung der unvereinbaren Gegensätze erarbeitet werden kann, brauchen wir Deutsche, ob wir Christen, Atheisten, Kapitalisten, Sozialisten, Kommunisten oder sonst etwas sind, wenigstens so viel Einsicht wie deutsche Katholiken und Protestanten nach – nicht vor – dem Dreißigjährigen Krieg. Die Staatsmänner, die für Koreas Elend und für die Blutopfer amerikanischer, chinesischer und anderer Familien verantwortlich sind, besitzen noch nicht so viel Staatskunst wie die Schöpfer des Westfälischen Friedens. Deutsche Staatsmänner aber müssen diese Staatskunst suchen und verwirklichen um unseres Volkes willen. Sie werden damit auch anderen Völkern einen notwendigen Dienst leisten und Weltanschauungen, Wirtschafts- und Staatsformen helfen, mehr und mehr ihren Auftrag zu erfüllen. Auch Weltanschauungen, Wirtschafts- und Staatsformen haben ihren Wert dadurch zu beweisen, daß sie dem Frieden und dem Volke dienen. Weltanschauungen, Wirtschafts- und Staatsformen, die Völker in Kriege stürzen, sind noch nicht die rechten.

Unser Volk strebt nach Einigung. Es braucht Staatsmänner im Westen wie im Osten, die diese Einigung ehrlich fördern, so unvereinbar ihre Weltanschauungen auch sein mögen. Fremde, die Deutschland und vielleicht Europa kaum kennen, mögen denken, sie könnten Deutschland einfach zerschneiden und sich dabei ein gutes Stück abschneiden. Sie ahnen wohl kaum, wie bitter und unheilvoll dieser Schnitt ist. Deutsche Staatsmänner aber haben kaum eine wichtigere Aufgabe als die, diesen Schnitt zu heilen. Andere kann unser Volk auf die Dauer nicht ertragen.

Dieser Kampf um die deutsche Einheit muß vornehm ausgetragen werden, und die Staatsmänner, die ihn führen, müssen dem Volke und vor allem der Jugend darin ein Vorbild sein. Man müßte im Einigungs-willen unabirrbar sein, immer wieder gute Vorschläge machen, dem Gegner nichts nachtragen, vielmehr vorbildlich achtungsvoll von und zu ihm sprechen, etwa so, wie Gandhi es stets tat. Man müßte den Gegner suchen und besuchen, um sich mit ihm zu einigen und das Volk

zu einigen, das voll Sehnsucht darauf wartet. Man müßte es vermeiden, die Deutschen im anderen Teile des Vaterlandes aufzuwiegeln. Wir dürfen uns durch nichts davon abhalten lassen, offen gegeneinander zu sein. Wir müssen einen neuen, oft verkannten und nicht selten auch uns noch nicht bekannten Weg gehen im Gehorsam gegen die innerste Bestimmung unseres Volkes und im Vertrauen auf den, der über ihm waltet. Es gilt, unserem geschändeten Volke Achtung zurückzugewinnen durch vornehme Menschlichkeit und Kühnheit, wie sie Nansen auszeichnete. So würden wir beitragen zur Bereinigung der heute die Menschheit bedrängenden Fragen.

Solange Europa im Herzen des Erdteils, in Deutschlands Mitte, zerissen ist, ist Europa gelähmt und kann seine Rolle im heutigen Weltgeschehen zwischen West und Ost nicht recht spielen. Deutschland muß erst wieder europäische Provinz der Mitte sein. Weder der Westteil noch der Ostteil Deutschlands sind eine europäische Provinz Deutschlands. Beide sind vielmehr blutende Fetzen und ein Krankheitsherd gefahrloser Massenproletarisierung und politischer Unruhe im Herzen Europas.

Dem Westen wie dem Osten würde ein schlechter Dienst geleistet, wenn die künstliche Grenze, die Deutschland in wunde Stücke reißt und Europa lähmt und bedroht, durch eine Militarisierung von West- und Ostdeutschland gegeneinander noch tiefer gerissen würde.

Unser Volk ist bitterarm, viel ärmer als vor der Militarisierung durch Hitler. Es hat viel mehr Witwen, Waisen, Krüppel, Obdachlose, Vertriebene, gefährdete Jugend usw. und viel größere Schwierigkeiten der Industrie, Ausfuhr und Einschaltung in die Weltwirtschaft. Dieses verarmte Volk hungern und frieren zu lassen und neben Besetzungs- kosten, Kohlenlieferungen usw. mit unproduktiven Militärausgaben zu belasten, würde eine schwerere Verantwortung bedeuten, als Hitler übernahm. Steuererhöhungen, Preissteigerungen, Lohnkämpfe, Warenmangel für die Zivilbevölkerung, Abstriche an sozialer Fürsorge und dergleichen mehr sind die unvermeidlichen Begleiterscheinungen der Rüstung. Unser Volk ist schon ein sozialer Krankheits- und Unruheherd im Herzen Europas. «Hitler hat doch recht gehabt, er muß wieder kommen», heißt es schon stärker und stärker. Ist das erfreulich für den Westen oder Osten oder für Deutschland, Europa und die Menschheit? Wenn eine deutsche Regierung die dringendsten sozialen Pflichten versäumt, so züchtet sie einen Radikalismus, gegen den keine Militarisierung schützt. Wir dürfen über unserer oder fremder Feindschaft nicht die Not unserer Volksgenossen vergessen. Wir müssen mit größtem Ernst entproletarisieren. Wir müssen uns Finnland zum Vorbild nehmen und wie dort die Vertriebenen und andere bodenständig und krisenfest machen, soviel nur irgend möglich ist. Wir müssen Heime, Gärten usw., aber nicht Kasernen und Exerzierplätze schaffen. Dieser vordringlichen Regierungsaufgabe können wir nicht Milliarden ent-

ziehen, um sie für unproduktive Rüstung, die keine Sicherheit bringt, und für die Vergrößerung der Not zu vergeuden.

Unser Volk ist *zerrissen*. Wenn wir Westdeutschland und Ostdeutschland gegeneinander militarisieren, wenn wir z. B. unsere westdeutsche Jugend für die Verwüstung von Weimar, Wittenberg, Dresden und anderen Städten und für das Massentöten ostdeutscher Kinder und Frauen ausbilden und ausrüsten und umgekehrt Ostdeutsche für eine solche Eroberung Westdeutschlands, dann laden wir Verantwortung für einen Bruderkrieg auf uns, die Hitler nicht zu übernehmen brauchte. Welche Regierung könnte eine solche Verantwortung tragen? Gemeinsame Aufgabe der deutschen Regierungen ist es, die Grenze in Deutschland abzubauen. Militarisierung aber befestigt sie, besetzt sie mit deutschen Bewaffneten und Geheimagenten gegeneinander und hindert ihre Überschreitung und Beseitigung. Militarisert wirken West- und Ostdeutschland als Angsterreger aufeinander.

Unser Volk ist *rüstungsunwillig und kriegsmüde*. Es ließ sich von Hitler noch großenteils willig militarisieren. Das ist jetzt ganz anders. Hitlers Irrweg wurde vielen eine ernste Warnung. Die große Mehrheit unseres ganzen deutschen Volkes will jetzt keine Rüstung und keine militärische Bindung an Westen oder Osten. Welche Regierung lädt die Verantwortung auf sich, dies bitterarme, zerrissene Volk gegen seinen Willen zur Militarisierung zu zwingen?

Ein militarisiertes Deutschland wirkt als Angsterreger auch auf Frankreich, Holland, Polen, Tschechei und andere Nachbarländer. Unserem Volk haftet ringsum noch der Ruf an, daß es ganz besonders militaristisch und das Volk der Kriegsverbrechen ist. Selbst wohlwollende Nichtdeutsche sind davon überzeugt. Um so weniger darf eine deutsche Regierung verschleiern, wie fragwürdig der Militarismus vielen Deutschen geworden ist, nachdem wir unter allerbittersten Opfern seine selbstzerstörende Wirkung erfuhren. Erst recht den Staaten, die sich selbst für «friedliebend» hielten und darum unser Volk aus ihrer Gemeinschaft ausschlossen, die jetzt aber gegeneinander rüsten und Vasallen suchen, darf keineswegs verschleiert werden, wie das ganze deutsche Volk bis auf eine geringe Minderheit über solche Rüstungszumutung denkt.

Es wäre ein sehr zweifelhafter Gewinn für eine Großmacht, wenn sie die Militarisierung eines Teiles von Deutschland für sich erreichte. Sie würde damit im deutschen Volke tiefe Abscheu und Erbitterung gegen sich selbst und gegen ihre deutschen Parteigänger wecken, wie es etwa in China der Fall war. Sie würde den andern Teil Deutschlands und Nachbarländer Deutschlands um so besorgter machen und der gegnerischen Großmacht zutreiben und ausliefern. Ein militarisierter Teil Deutschlands wäre heute Anhängsel, Schachfigur, Befehlsempfänger eines fremden Militarismus und Imperialismus.

Wachsendes Mißtrauen gegenüber westlichem wie östlichem Imperialismus und Militarismus breitet sich auf der Erde aus, auch unter den Vasallen von hüben und drüben. Man fürchtet, in kalte Handels- und Wirtschaftskriege und in blutige Verwicklungen unübersehbarer Art wie in Korea verstrickt zu werden. Die Völker leiden unter dem Verlust der Freiheit. Grenzländer und andere sind sehr darauf bedacht, die Freiheit zu wahren und zu pflegen. Indien, voll Friedenswillen und Freundschaft gegenüber Westen und Osten, ist Vorkämpfer der Freiheit gegen jeden Imperialismus und findet mehr und mehr Bundesgenossen bei den Völkern, die die Fremdherrschaft abschütteln und zugleich friedenswilligen Völkern die Türen öffnen.

Wenn wir Deutschen in dieser Weltlage unsere Zerrissenheit einfach hinnehmen und selbst bejahren, ja noch verschlimmern, wenn wir unsere geistigen Fähigkeiten großenteils im Streit gegeneinander anstatt für einander und für die Zukunft verbrauchen, wenn wir zwei kleine Vasallen von West und Ost werden, in unserer Armut gegeneinander rüsten und uns gegeneinander ausspielen lassen, so verurteilen wir uns selbst zu Bedeutungslosigkeit, Würdelosigkeit und Schlimmerem. Wir versündigen uns an deutscher und religiöser Wirklichkeit und Pflicht. Dagegen bietet die heutige Weltlage uns eine Aufgabe, Bedeutung und Zukunft, die der besten deutschen Geschichte sich würdig anreihen kann, wenn unser Volk einig ist, das heißt wenn es die Einheit zwischen den Proletarisierten und dem übrigen Volke in gewissenhafter, vordringlicher Fürsorge für die Armen verwirklicht, wenn es in achtungsvoller Anerkennung der unvereinbaren Gegensätze neue Wege und Kräfte zur Einheit erarbeitet – diese Einheit ist religiöse Wirklichkeit, denn in jedem Menschen, Kommunisten wie Kapitalisten, Atheisten wie Christen, ist etwas Göttliches – und wenn es sich von jedem Imperialismus in ehrlichem, manhaftem Friedenswillen gegenüber jedem Volke in West, Ost, Nord und Süd fernhält.

Deutschlands Weg in die Zukunft ist auf alle Fälle schwer, voller Mühe, Entbehrungen, Kampf, harter Opfer und geistigen Suchens. Echter Friedenswillen ist nicht Ablehnung, sondern Pflege von Zucht, Ordnung, Einsatzbereitschaft, Hingabe, Kameradschaft, Treue, Mut, Willensstärke und Ritterlichkeit. Er kann nur mit ritterlichen Waffen kämpfen. Er schafft im Herzen Europas nicht eine Wüste, einen Vulkan oder Krankheitsherd, sondern eine Provinz, die den Sinn der Mitte erfüllt.

Wilhelm Mensching

(«Die Versöhnung» ist durch den Verlag in Zwiefalten [Württemberg] zu beziehen.)